

## STÄDTEBAU- FÖRDERUNG



UNSOZIAL  
UND  
KURZSICHTIG  
Seite 4

## ANTIBIOTIKA IN DER TIERHALTUNG



HINTERGRÜNDE  
ZUR AKTUELLEN  
STUDIE  
Seite 3

## KONSOLIDIERUNG DER HAUSHALTE



HAUSHALTE VON  
REGION UND  
STADT  
Seite 10/11

## AUSSERDEM:

- EUROPÄISCH HANDELN S. 2
- ENNO TRIFFT KREMPPEL S. 7
- MEIN KIEZ 2025 S. 11

# GRÜNE SEITEN



MITTEILUNGSBLATT VON BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN IN DER REGION HANNOVER

FEBRUAR 2012

Wenn die Niedersachsen am 20. Januar 2013 einen neuen Landtag wählen, stehen die Chancen für einen Wechsel gut. In der aktuellen Sonntagsfrage (NiedersachsenTrend 01/2012) liegt Rot-Grün vorn und wir Grünen würden unser Ergebnis mit 17 Prozent im Vergleich zur Landtagswahl 2008 mehr als verdoppeln. Die FDP landet in der Umfrage bei drei Prozent und auch die CDU verliert deutlich gegenüber 2008.

Sicher beeinflusst der Bundestrend die schlechten niedersächsischen Umfragewerte für Schwarz-Gelb, aber auch landespolitisch gibt es genügend Gründe für einen Wechsel. CDU und FDP fehlen die Ideen für die aktuellen Herausforderungen. Bei den entscheidenden Zukunftsfragen wie der Gestaltung der Energiewende und dem Klimawandel laufen sie den Entwicklungen nur hinterher. Dem stellen wir als Grüne die ökologische Transformation als Leitprojekt entgegen. Wir sorgen für den notwendigen Umbau der Energieversorgung, konsequenten Klimaschutz und schaffen damit zukunftssichere Arbeitsplätze.

Im Bildungsbereich betreiben CDU und FDP eine Politik, die an den Bedürfnissen der Menschen vorbei geht. Unser Ziel ist es, den Zugang zu guter Bildung für alle zu organisieren und das Bildungssystem qualitativ besser zu machen. Wir setzen auf die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler, auf die Wahlfreiheit der Eltern und nicht auf ideologische Grabenkämpfe, die zu Lasten der Kinder gehen. Daher muss endlich Schluss sein mit der Blockade der integrierten Gesamtschulen.

Es ist Zeit für einen anderen Politik- und Regierungsstil. Dies

## DER FAHRPLAN FÜR DEN WECHSEL

**Seit 1994 sitzen die Grünen im Landtag in der Opposition. Jetzt ist die Zeit reif, 2013 wird Schwarz-Gelb abgelöst. Von Jan Haude, Landesvorsitzender der niedersächsischen Grünen.**



### DER NIEDERSÄCHSISCHE LANDTAG IN HANNOVER

zeigt nicht zuletzt das Gutsherrenverhalten von Bundespräsident Wulff und die in die Affäre verwickelte aktuelle Landesregierung. Nicht die Interessen einzelner Unternehmen dürfen die Politik dominieren, sondern inhaltliche Konzepte und Glaubwürdigkeit.

Um den Wechsel zu schaffen, liegt nun eine Menge Arbeit vor uns. Seit Ende des vergangenen Jahres haben unsere Landesarbeitsgemeinschaften mit der programmatischen Arbeit begonnen. Im Rahmen von drei Themenkonferenzen werden wir in den kommenden Monaten die Schwerpunkte unseres Wahlprogramms diskutieren: Am 14. April Bildung in Hannover, am 12. Mai Soziale Gerechtigkeit und Demokratie in Osnabrück und am 2. Juni Klima und Arbeit in Braunschweig. Auf

der Landesdelegiertenkonferenz am 12. bis 14. Oktober in Stade wird das Programm verabschiedet. Die Landesliste stellen wir vom 30. Juni bis zum 1. Juli in Wolfsburg auf.

Der Fahrplan für den Wechsel steht. Jetzt gilt es, diesen gemeinsam zu gestalten. Rot-Grün wird es nur mit starken Grünen geben. Jede Stimme für Linkspartei und Piraten ist ein Wahlgewinn für die Konservativen. Wenn Linke und Piraten in den Landtag einziehen, wird es knapp für Rot-Grün. Dann folgt auf Schwarz-Gelb eine Große Koalition des politischen Stillstandes.

### JAN HAUDE

jan.haude@  
gruene-niedersachsen.de



### LIEBE FREUNDINNEN UND FREUNDE!

In den letzten zwei Jahren hat sich unsere Arbeit größtenteils um die letztjährigen Kommunalwahlen gedreht. Angefangen mit der Werkstatt 11-16 im Juni 2010, der Programmentwicklung, der Listenaufstellung, dem Wahlkampf, dem totem Wahlergebnis, den Koalitionsverhandlungen und schließlich die Unterzeichnung des Koalitionsvertrages im November 2011.

Nicht zuletzt die Atompolitik von Schwarz-Gelb hat uns wieder auf die Straße gebracht. Bei den Demonstrationen im Wendland, Hannover und Grohnde sowie bei den Mahnwachen vor Ort waren wir GRÜNE aus der Region mit dabei.

Besonders erfreulich war für uns die wachsende Zahl unserer Mitglieder von knapp 950 Anfang 2010 auf über 1.250 Mitglieder heute.

In der Geschäftsstelle gab es zum 1. Februar einen Wechsel: Nach fünf Jahren hat Christian Günther uns verlassen. Er ist zur Landesgeschäftsstelle gewechselt, um dort den kommenden Landtagswahlkampf zu koordinieren. Neben Ronald wird in Zukunft Elke Wohlfarth als Geschäftsführerin, mit viel Engagement für Euch da sein.

Last but not least: Am 25. Februar wird der Vorstand turnusgemäß neugewählt. Der größte Teil der Vorstandsmitglieder - auch wir beide - werden nicht wieder zur Wahl antreten. Wir bedanken uns bei Euch allen.

### BRIGITTE DEYDA & CHRISTIAN GAILUS REGIONS-VORSITZENDE

Der vorgelegte Vertrag für eine verstärkte Fiskalpolitik der 25 EU-Staaten ohne Großbritannien und Tschechien ist nichts als Symbolpolitik auf Kosten einer demokratischen und handlungsfähigen EU. Für uns Bürgerinnen und Bürger bedeutet das: Der Prozess einer sinnvollen Umstrukturierung der Europäischen Union weg von einem bürokratischen Hinterzimmermonster der EU-Regierungen hin zu einer demokratisch legitimierten Entscheidungsstruktur wurde gestoppt. Warum tun Angela Merkel und Nicolas Sarkozy das? Weil sie wissen, dass sie liefern müssen. Und weil sie keinen Mumm haben, das zu tun, was notwendig wäre: Den Bürgerinnen und Bürgern Europas reinen Wein einzuschenken und einen Konvent zur Reform der EU-Verträge in Gang zu bringen.

Mittlerweile ist nicht nur den Finanzmärkten klar geworden, dass die Politik des Vertagens und der Klein-Klein-Beschlüsse keine Wende der Krise in Europa herbeiführen wird. Die Staaten Europas – und zwar alle – werden ohne eine überzeugende Antwort auf die Wirtschafts- und Haushaltskrise in den EU-Staaten ihr blaues Wunder erleben. Nach Jahrzehnten des Wachstums und Wohlstands werden Rezession und Schuldenzwänge einen beispiellosen Kampf gegen den Verlust wertvoller Errungenschaften von Sozial- und Rechtsstaat, von Wettbewerbs- und Verbraucherrecht auslösen. Durch eine solche

# EUROPÄISCH HANDELN

**Jan Philipp Albrecht, MdEP**

Entwicklung würden nicht nur die Deregulierer und Protektionisten, sondern auch Anti-Demokraten und Populisten an Zulauf gewinnen.

Die Eurokrise ist also nicht bloß eine Krise einiger überschuldeter EU-Mitglieder, die Eurokrise ist unsere Krise, die Krise der europäischen Bürgerinnen und Bürger. Denn 500 Millionen EU-Bürgerinnen und -bürger sind längst ein gemeinsames Wir mit einer gemeinsamen Verantwortung für unsere Werte und Errungenschaften. Die Krise macht unmissverständlich klar: Nur wenn wir uns befähigen, gemeinsame Lösungen für die großen Herausforderungen zu finden, werden wir sie auch meistern können. Das heißt mit Blick auf die EU: Die Leitfragen der Politik müssen endlich in die Hände einer demokratisch legitimierten Europäischen Kommission und eines gestärkten Europäischen Parlaments gelegt werden.

Was Merkel und Sarkozy derzeit tun, ist genau das Gegenteil. Sie scheuen davor zurück, den Menschen die Dramatik der Ge-

schichte Europas zu erklären und Blockierer wie Großbritannien vor eine schmerzhaft Entscheidung zu stellen: Wollt ihr den Kampf gegen diese Krise gewinnen, so müsst ihr die EU-Institutionen endlich mit den Mitteln ausstatten, diesen Kampf zu führen. Und sie scheuen davor zurück, deutlich zu machen, dass die vom Bundesverfassungsgericht ausgemalte Scheinwelt des alten Grundgesetzes der Bundesrepublik mit den heutigen Realitäten einer vollständig globalisierten Marktwirtschaft schlichtweg unvereinbar ist. Sie müssten deutlich machen: Deutschlands Souveränität wird durch die EU-Institutionen verteidigt.

Nun, da sich die Staats- und Regierungschefs Europas offenbar nicht in der Lage fühlen, diesen Schritt zu gehen, ist es Aufgabe von Parlamenten und Zivilgesellschaft, sie dazu zu zwingen. Eine erfolgreiche Krisenintervention muss zwingend eine Konvention beinhalten, der die Kompetenzen der Europäischen Union vom Kopf auf die Füße stellt, um die wichtigen Fragen der Politik in die Hände demokratisch deutlich

besser kontrollierter Gemeinschaftsinstitutionen zu geben. Die Nationalstaaten müssen die europäischen Bürgerinnen und Bürger endlich befähigen, in einer demokratischen und an gemeinsamen Grundwerten ausgerichteten Europäischen Union ihre Souveränität in einer entgrenzten Weltpolitik zurückzuerlangen. Europa muss wieder in die Hände der Menschen und weg von den kurzfristigen Interessen der Staats- und Regierungschefs.

Jan Philipp Albrecht (29) ist der jüngste deutsche Europaabgeordnete und sitzt seit 2009 für die niedersächsischen Grünen im Europäischen Parlament. Er wohnt in Hannover und Brüssel. Weitere Informationen zu seiner Arbeit findet Ihr unter [www.janalbrecht.eu](http://www.janalbrecht.eu)

*Ankündigung:*

**Privacy Barcamp 2012**  
Datenschutz 2.0  
9. und 10. März 2012  
CeBIT Halle 9, Hannover

Das Privacy Barcamp wird von Jan Philipp Albrecht zusammen mit der CeBIT ausgerichtet.

Anmeldung und Sessionplanung wie im letzten Jahr über die Plattform

<http://gruenlink.de/69d>

**JAN PHILIPP ALBRECHT**

jan.albrecht@  
europarl.europa.eu



## OFFENER BRIEF

von **Ingrid Lange**

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

am 11. September 2011 wurde ich als Kandidatin meiner Partei in unseren Stadtbezirksrat direkt gewählt. Das hat mich angespornt, weiterhin politische Verantwortung als Bezirksratsfrau zu übernehmen. Ich hatte mich darauf gefreut! Gerade weil ich hier geboren und mein ganzes Leben geblieben bin, wollte ich nach zehnjähriger Stadtratspolitik Politik vor Ort direkt mitgestalten und zwar als stellv. Bezirksbürgermeisterin. So war die vertrau-

ensvolle rot-grüne Vereinbarung. Diese wurde, wie Sie wissen, nicht eingehalten.

Ich habe intensiv nachgedacht und mich entschieden, mein Mandat zurückzugeben. Ich werde dem Bezirksrat ab 1.12.2011 nicht mehr angehören. Für diesen Schritt, verehrte Leserinnen und Leser, bitte ich um Verständnis, denn nicht nur ich bin persönlich beschädigt worden, sondern auch meine grünen Fraktionskolleginnen, denen zugetraut wird, mich nicht gewählt zu haben.

Trotz aller Enttäuschung wünsche ich der neuen Bezirksbürgermeisterin Brigitte Schlienkamp und ihrem Stellvertreter Oliver Kiamann viel gute Kraft für ihre Arbeit in unserem Stadtbezirk.

**INGRID LANGE**

ingridlange@t-online.de



## DIE NEUE

**Im Regionsverband wechselte ein Teil der Geschäftsführung**



**ELKE WOHLFARTH IM GRÜNEN ZENTRUM**

Als neue Geschäftsführerin des Regionsverbandes habe ich im Februar den Aufgabenbereich von Christian Günther übernommen. Ich bin Diplom Sozialwissenschaftlerin und habe zuvor als Dozentin und Projektleiterin gearbeitet. Zuletzt war ich beim Umweltzentrum Hannover e.V. u.a. verantwortlich für die Kampagne Veggietag - ein zentrales grünes Anliegen. Ich freue mich sehr, weiterhin grüne Themen mit dem tollen Team im Grünen Zentrum, den netten Kollegen in Stadt und Region sowie allen Ortsverbänden voranbringen zu können. Auf gute Zusammenarbeit mit euch!

**ELKE WOHLFARTH**

wohlfarth@gruene-hannover.de



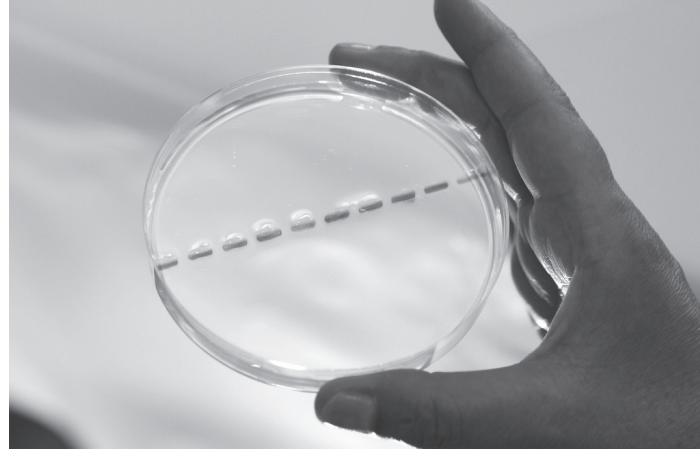


Im November war Christian Meyer Gast bei der AG Land und Tier. Wichtigstes Thema an diesem Abend war die niedersächsische Antibiotika-Studie. Wenige Tage vor dem Erscheinen der Studie war eine nordrheinwestfälische Studie veröffentlicht worden, die einen erschreckend hohen Einsatz von Antibiotika aufzeigt. So überraschte auch die niedersächsische Studie nicht mehr: In Niedersachsen werden 77 Prozent der Schweine, 80 Prozent der Mastriinder, 83 Prozent der Masthühnchen, 92 Prozent der Puten und 100 Prozent der Mastkälber Antibiotika verabreicht. Landwirtschaftsminister Lindemann versuchte bei der Vorstellung der Studie, den Zusammenhang mit der Massentierhaltung zu vernebeln. Er erklärte die Ergebnisse der Studie bestätigten nicht die Vermutung in großen Tierbeständen würden besonders häufig Antibiotika verabreicht. Er fügte hinzu, dass dies auch nicht Gegenstand der Untersuchung gewesen sei. Wohl selten hat der Minister so schwach argumentiert! Eigentlich müsste er wissen, dass dieser Zusammenhang besteht, denn in NRW wurde er untersucht und bestätigt. Auch Dr. Hermann Focke, Amtsveterinär a.D. in Cloppenburg, weist auf diesen Zusammenhang hin.

Von der Öffentlichkeit weniger beachtet wurde dagegen eine andere vom Nds. Gesundheitsamt

# ANTIBIOTIKA IN DER TIERHALTUNG

**Christian Meyer, landwirtschaftspolitischer Sprecher der Grünen im niedersächsischen Landtag, klärte die AG Land und Tier über die Hintergründe der niedersächsischen Antibiotika-Studie auf.**



**KEIMKULTUR IM LABOR**

durchgeführte Studie, die nach Ansicht Christians ebenso brisant ist wie die Antibiotika-Studie. Gemäß dieser Studie stammen 22 Prozent der resistenten Krankenhauskeime aus Viehställen. Untersucht wurden im Mai 2011 34 niedersächsische Krankenhäuser. Für die dort festgestellten Keime gibt es einen neuen Begriff: L-MRSA, d.h. MRSA aus der Landwirtschaft (MRSA: Methicillin-resistenter Staphylococcus aureus, laienhaft

**FOTO: TOBIAS GÖPEL, CC BY 2.0 VIA FLICKR**

ausgedrückt: multiresistenter Krankenhauskeim).

In der Hühnchenmast werden die verschriebenen Medikamente, die nur für Geflügel zugelassen sind, nicht dokumentiert. Aus grüner Sicht ist dies ein Lobbygeschenk der Bundesregierung an die Geflügelhalter. Besonders problematisch sind Antibiotika, die ein bis zwei Tage als Masthilfe gegeben werden. Diese Anwendung ist verboten und fördert

die Entstehung von multiresistenten Keimen besonders stark. Multiresistente Keime können u.a. über die Abluft der Ställe (Filter sind bei Hühnchenmast nicht vorgeschrieben) und über den Hühnerkot, der als Dünger auf den Feldern ausgebracht wird, verbreitet werden. Auch im Auftauwasser der Fleischstücke können sich die Keime befinden. Jeder Mensch kann Träger der Keime werden, ohne zu erkranken. Gefährlich wird es für die Allgemeinheit erst, wenn die Überträger ins Krankenhaus kommen. In den Niederlanden und auch in einer Klinik in Münster werden Tierhalter bei ihrer Aufnahme auf den MRSA-Keim hin untersucht. Die Überträger werden „saniert“ und bleiben so lange auf einer Isolierstation, bis der Keim bei ihnen nicht mehr nachzuweisen ist.

Wer sich über die aktuelle Situation der niedersächsischen Landwirtschaftspolitik aus grüner Sicht informieren will, kann dies auf der Homepage von Christian Meyer tun:

<http://gruenlink.de/6nq>

Dort gibt es auch ein Themenspezial Stallbauboom.

## CHRISTIANE HUSSELS

christiane.hussels  
@arcor.de



# DANKE CHRISTIAN!

**Nach fünf Jahren als Regionsgeschäftsführer mussten wir Christian Günther nun leider an unseren Landesverband abtreten. Dort ist er künftig für Wahlkampf und Öffentlichkeitsarbeit zuständig.**



**CHRISTIAN GÜNTHER GANZ GELASSEN**

Sicher war der Einstieg für Christian als Braunschweiger in Hannover nicht ganz einfach, doch er entwickelte sich schnell zu einem Wohlfühlfaktor für das gesamte Grüne Zentrum: Die ausgestrahlte Gelassenheit selbst in Stressphasen, die gemeinsamen Mittagspausen, die immer viel zu kurz waren und die ungemeine Toleranz, wenn die Abgabefrist für die Grünen Seiten mal wieder überschritten wurde - wir werden ihn vermissen!

Man könnte meinen, sein Studium der Politik- und Medienwissenschaften war die beste Voraussetzung für seinen Job. Nein, viel wertvoller war der Erfahrungsschatz aus seinem liebsten Hobby, der Musik.

Obwohl er bereits mit „Die Grätenkinder“ Erfolge feierte und nun mit seiner Hobbyband „Die Kippen“ durchstartet, war er sich nicht zu schade, sein mu-

sikalisches Talent auch für Grüne Punk-Projekte zur Verfügung zu stellen. Beim „Song-Contest für den Klimaschutz“ belegte seine eigens dafür ins Leben gerufene Nachwuchsband „Die Chefbratzen“ mit dem legendären Song „Oma's Planet“ den sechsten Platz (von 22) und galt sogar als Favorit des Jurymitglieds Nina Hagen.

Frage man ihn, wie er es schafft, den größten Grünen Kreisverband der Welt so gut zusammen zu halten, antwortete er immer, das sei für ihn wie die Organisation einer Tour für seine Band. Die Grünen in der Region Hannover haben gerne Musik mit dir gemacht Christian! Wir wünschen dir für deinen neuen Job alles erdenklich Gute und sind uns sicher: Du wirst das rocken!!!

**CAROLIN JAEKEL**  
caro.jaekel@freenet.de



Mit den Kürzungen der Bundesmittel für Städtebauförderung wird nun auch hier vor Ort in Hannover deutlich, welche drastischen Auswirkungen die unsoziale Kürzungspolitik von Schwarz-Gelb auf die Situation in den Kommunen hat. Wer bei derart wichtigen und erfolgreichen Zukunftsprogrammen die Axt anlegt, spart an der falschen Stelle und vergrößert die soziale Verschuldung in unserer Gesellschaft.

### KOMMUNEN VOR GEWALTIGEN HERAUSFORDERUNGEN

Die Kommunen stehen vor gewaltigen finanziellen und sozialen Herausforderungen: Wirtschaftlicher Strukturwandel und die demografische Entwicklung führen in vielen Regionen zu einer schrumpfenden und alternden Bevölkerung. Die soziale Spaltung in und zwischen den Städten schreitet voran. Umweltbelastungen insbesondere durch den Verkehr und Klimawandel stellen neue Anforderungen an die Entwicklung von Städten und Stadtregionen.

Zur Bewältigung dieservielfältigen und sich wandelnden Aufgaben leistet die Städtebauförderung als Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern zusammen mit den Kommunen seit 40 Jahren einen wichtigen Beitrag für die Stadtpolitik. Der Erhalt von historischen Stadtkernen, die Belebung von Innenstädten und Großansiedlungen sowie die Aufwertung sozialer Brennpunkte sind dabei sichtbare Wirkungen dieses Zukunftsprogramms. Die Städtebauförderung verbessert aber nicht nur die Bausubstanz und die Wohn- und Lebenssituation, sondern sie schafft auch Identifikation der Menschen mit ihrem Quartier und ihrer Stadt und erhöht gleichermaßen die Attraktivität der Städte und Gemeinden als Wirtschaftsstandort.

### STÄDTEBAUFÖRDERUNG WEITERHIN UNTERFINANZIERT

Es ist sicher dem Druck und den monatelangen Protesten der Länder, Kommunen, Verbände und uns GRÜNEN zu verdanken, dass die angekündigten weiteren Kürzungen bei der Städtebauförderung für 2012 im letzten Moment gestoppt wurden und wie bereits 2011 Haushaltsmittel in Höhe von 455 Millionen Euro beschlossen wurden. Ein Ergebnis das aber

# UNSOZIAL UND KURZSICHTIG

**Schwarz-Gelb kürzt die Städtebauförderung zusammen. Von Sven-Christian Kindler, MdB**



**MICHAEL DETTE UND SVEN-CHRISTIAN KINDLER IN HAINHOLZ**

immer noch deutlich hinter den Erfordernissen zurückbleibt. 2010 wurden noch 610 Millionen Euro dafür veranschlagt. Die Städtebauförderung ist weiterhin stark unterfinanziert, was nicht nur sozialpolitisch fatal ist, sondern ökonomisch kurzsichtig. Das Erfolgsmodell Städtebauförderung hat nachweislich große volkswirtschaftliche Wirkungen. Jeder eingesetzte Fördereuro regt 7,80 Euro öffentliche und private Investitionen an und generiert über Steuerrückflüsse und Sozialversicherungsbeiträge immense Mehreinnahmen für den Bund. Gleichzeitig sichert die Städtebauförderung zahlreiche Arbeitsplätze unmittelbar im Quartier, aber auch in der Region. Um die Lebensqualität und Stabilität unserer Kommunen und der Menschen vor Ort zu gewährleisten, sind mindestens die von uns beantragten Mittel von 610 Millionen Euro bei der Städtebauförderung notwendig.

### DER SOZIALEN STADT WIRD DAS HERZ RAUSGERISSEN

Besonders verheerend ist die Unterfinanzierung und inhaltliche Neugestaltung des Teilprogramms „Soziale Stadt“. Zwar wurden mit den veranschlagten 40 Millionen

Euro die drastischen Kürzungen aus dem Vorjahr zum kleinen Teil zurückgenommen, aber der Ansatz für 2012 liegt immer noch deutlich unter den von uns geforderten und notwendigen 105 Millionen Euro, die noch 2010 zur Verfügung standen. Zudem wird mit der weiteren Beschränkung der Bundesregierung auf rein „investive Maßnahmen“ dem Programm „Soziale Stadt“ de facto das Herz rausgerissen. Gerade in dem integrativen Ansatz liegt die zentrale Stärke des Programms. Die nicht-investiven Maßnahmen verzahnen Sozialarbeit, Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern, Schulentwicklung, Baupolitik, Planen, Umwelt, lokale Ökonomie und die Aktivierung der Zivilgesellschaft miteinander zu einem schlüssigen Gesamtkonzept. Die erfolgreichen Projekte in Hannover haben gezeigt, wie wichtig es ist, dass Investitionen in die Infrastruktur Hand in Hand gehen mit Maßnahmen zur demokratischen Beteiligung der BewohnerInnen.

### ERFOLGE IN HANNOVER IN GEFAHR

Durch die schwarz-gelben Kürzungen bei der Städtebauförderung werden die bisherigen

Erfolge des Programmes in Hannover aufs Spiel gesetzt. Die beschlossenen Mittel werden kaum ausreichen, um die notwendigen Projekte zur sozialen Stabilisierung von Stadtteilen wie Hainholz, Stöcken und Sahlkamp in gleichem Maße fortzusetzen. Gleichzeitig haben notwendige neue Projekte zur Stabilisierung von Mühlenberg und Linden-Süd kaum noch eine Chance auf Realisierung.

Dies wurde unter anderem deutlich, als ich im Dezember mit Michael Dette, baupolitischer Sprecher der Grünen Ratsfraktion Hannover, das Städtebauförderungsprogramm in Hannovers Stadtteil Hainholz besucht habe. Es ist beeindruckend, was hier in den letzten Jahren unter anderem durch die Fördermittel für die "Soziale Stadt" umgesetzt wurde. So konnten mit dem Umbau und der konzeptionellen Entwicklung des Kulturzentrums bisherige Angebote zur Verbesserung der Bildungschancen aller Menschen im Stadtteil weiterentwickelt und fortgeführt werden.

### STÄDTEBAUFÖRDERUNG FINANZIELL ABSICHERN

Für mich steht fest: In meiner neuen Zuständigkeit als Berichterstatter im Haushaltsausschuss für das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) werde ich weiterhin mit den Grünen KollegInnen und den Initiativen, wie die Hannoversche Initiative Soziale Stadt (HIS), gegen die Streichung der nicht-investiven Maßnahmen bei der "Sozialen Stadt" und für eine bessere finanzielle Ausstattung des Bundesprogrammes Städtebauförderung kämpfen, um auch die erfolgreichen Projekte in der Region Hannover fortzuführen und weiterzuentwickeln. Für den März habe ich 20 Personen der HIS in den Deutschen Bundestag eingeladen, wo sie dann auch Minister Ramsauer zahlreiche Unterschriften aus Hannover gegen die Kürzungen überreichen wollen. Richtig so! Unsere Städte brauchen endlich wieder eine soziale und zukunftsfähige Städtebaupolitik auf Bundesebene.

**SVEN-CHRISTIAN KINDLER**  
sven-christian.kindler  
@bundestag.de





Am 15. Dezember 2011 diskutier- te der hannoversche Stadtrat im Rahmen einer aktuellen Stunde auf Antrag der Grünen die aktu- ellen Entwicklungen rechtsextre- mer Umtriebe in Hannover. Dabei wurde deutlich, dass es noch weiterer Anstrengungen bedarf, um Nazis Einhalt zu gebieten. Auch unpopuläre Feststellungen wurden ausgesprochen.

Ausgangspunkt der Erläute- rungen war die rechtsextreme Terrorserie, der eine Reihe von Menschen – unklar ist, wie viele es wirklich waren – zum Opfer fielen, und über die nunmehr öffentlich sehr intensiv debattiert wurde und wird. Neben der Anzahl der Opfer tun sich auch bei der Anzahl der Unterstützer immer tiefere Grä- ben auf. Diese Erkenntnis hat uns alle geschockt. Die Reaktionen reichten von Kopfschütteln über Bestürzung bis hin zu panikartigen Reflexen. Doch, so wurde im Lau- fe der Aussprache klar, wer sich bereits vorher ernsthaft über die Aktivitäten von Neonazis in Han- nover und bundesweit informiert hatte, dem war bewusst, dass diese Taten keine Unmöglichkeit darstellten.

182 Morde durch Neonazis seit 1990 waren hinlänglich bekannt und wurden immer wieder öf- fentlich angeprangert. Übergriffe auf AusländerInnen – man denke nur an Rostock Lichtenhagen oder (weniger bekannt, aber deshalb nicht weniger erschreckend) Hannover Mitte – waren ebenfalls keine Seltenheit. Immer wieder gab und gibt es Naziauf- märsche, bei denen im Vorfeld oder im Anschluss Nazis durch die Straßen zogen und wahllos links aussehende Jugendliche oder MigrantInnen attackierten.

## ABSCHIED DOROTA

**Dorota Szymanska hat die Grüne Ratsfraktionsgeschäftsstelle nach vier Jahren verlassen. Künftig ist sie bei der Region Hannover**

Seit Januar 2008 war sie als Teil- zeitkraft Fraktionsreferentin für die Fachbereiche Kinder/Jugend sowie Migration. Aufgrund ihres eigenen Migrationshintergrundes war sie in diesem Bereich sehr lei- denschaftlich engagiert. Gemein- sam mit Ingrid Lange als unserer damaligen migrationspolitischen Sprecherin und Regine Kramarek arbeitete sie an Projekten wie dem Lokalen Integrationsplan und dem

# AKTUELLE STUNDE RECHTSEXTREMISMUS

**Pat Drenke ist Sprecher für Antifaschismus der Grünen Ratsfrak- tion.**

In Empelde wurde versucht mit Knüppeln und Latten eine ganze S-Bahn zu stürmen. Wer sich in der Vergangenheit gegen Nazis engagiert hat weiß: So etwas pas- siert in bitterer Regelmäßigkeit.

Und was wurde bisher getan? Es ist schrecklich, dass Präven- tiv- und Aussteigerprogramme gekürzt oder gleich ganz abge- schafft werden. Es ist falsch, dass die Landeszentrale für politische Bildung geschlossen wurde. Und es ist fatal, wenn reaktionäre Scharfmacher von Schönemann bis Friedrich jahrelang das rechte Auge zudrückten und die Gefahr immer nur von links kommen sahen.

Auch hier in Hannover war in den letzten Jahren, eine erschrecken- de Entwicklung zu beobachten. Daher war es naheliegend, im Rahmen der aktuellen Stunde auszusprechen, was viele im politischen Betrieb nicht ger- ne hörten: Hannover hat ein Naziproblem! Es fängt an mit Aufklebern an unzähligen Later- nen in der ganzen Stadt. Rechte Zeitungen werden vor Schulen verteilt. In Bad Nenndorf findet jährlich eine der größten rechten Demonstrationen Deutschlands statt – mit dem Ziel, Hannover zum Nazistützpunkt in Nord- deutschland auszubauen. Auch

die neuen Medien von den Nazis genutzt. Die Nazigruppe Besseres Hannover folgte dem hannover- schen Stadtverband der Grünen bei Twitter. Im Frühjahr 2009 wurde ein Wahlkampfstand der Grünen gezielt von einer Gruppe Nazis angegriffen, Infomaterial wurde zerstört, Mitglieder wur- den beschimpft, angespuckt und bedroht. Wir wurden darüber in Kenntnis gesetzt, dass auch Vere- ine, Personen und Institutionen aus Hannover auf der „braunen Liste“ - einer Abschussliste der Zwickauer Zelle – zu finden waren. Es ist also kein diffuses Agieren der Nazis, die hier und da mal eine Aktion machen. Es handelt sich um einen gezielten Kampf gegen DemokratInnen, Liberale und Linke – kurz: gegen alle, die sich gegen Rassismus, Faschismus und Antisemitismus engagieren.

Festzuhalten bleibt: Das Auftreten ist provokant und dreist. Vom Fototermin vor der Universität bis zum Kneipenabend in der In- nenstadt fühlen sie sich in unserer Stadt weiterhin sicher. Trotz der aktuellen Debatte um die Morde der Zwickauer Zelle treten sie weiterhin offen aggressiv auf. Der Barsinghausener Falkenkeller, den bereits im Jahr 2002 eine Gruppe Nazis mit Eisenstangen gestürmt,

dem 1. Januar 2012 arbeitet sie dort im Team Gleichstellung in der Koordinierungsstelle Inte- gration.

Dorota, wir wünschen Dir alles erdenklich Gute für Deine neue Tätigkeit und Deine Zukunft, so- wohl beruflich wie auch privat!

weitgehend zertrümmert und einige Gäste krankenhausrufe geschlagen hatte, wurde im November wieder mehrfach Ziel rechter Attacken. Bei einer Veran- staltung des DGB setzten sie sich ins Publikum, um genüsslich ihre menschenverachtenden Thesen zu verbreiten.

Auch die Frage, wer eigentlich welche Rolle in der hannover- schen Stadtpolitik spielt, wurde in der Fragestunde aufgegriffen. Die NPD ist bei den vergangenen Kommunalwahlen nicht angetre- ten. Ist das aber der Beweis, dass wir kein Naziproblem haben? Mit- nichten! Uns allen ist bewusst, wer in der Vergangenheit mit seinen tendenziös rassistischen Thesen versucht hat, Rechtsdenkende auf seine Seite zu ziehen.

Was wir brauchen, ist ein ge- meinsames Eintreten gegen Rassismus, Antisemitismus und Demokratiefeindlichkeit. Dazu braucht es eine vertrauliche Anlaufstelle für Opfer rechter Gewalt und mögliche Aussteiger- lInnen. Wir müssen verhindern, dass die NPD oder rechtsextreme Burschenschaften in städtischen Einrichtungen Räume mieten. Wir müssen Gruppen von DGB über das Bündnis "Bunt statt Braun" bis hin zu Einrichtungen wie dem UJZ Kornstraße bei ihrer Arbeit unterstützen. Wann und wo auch immer RassistInnen und FaschistInnen auftauchen – wir werden da sein und uns ihnen in den Weg stellen.

**PAT DRENKE**  
pat.drenke@  
hannover-rat.de



**DOROTA SZYMANSKA**

**GÜNTER WULFERT**  
guenter.wulfert  
@hannover-rat.de



# BUNDESPRÄSIDENT ZUM ABGEWÖHNEN

Christian Wulff blamiert sich selbst – und das Amt!

Ende Januar veröffentlichte der Norddeutsche Rundfunk (NDR) eine neue Umfrage von infratest dimap zur politischen Stimmung in Niedersachsen. Zwei Ergebnisse darin verdienen besondere Beachtung.

Erstens: Bei der sogenannten Sonntagsfrage erzielen die Grünen 17 Prozent. Das käme einer Verdoppelung unserer Stimmen im Vergleich zu den letzten Landtagswahlen und einem weiteren Zuwachs nach den Kommunalwahlen im Herbst gleich. Das ist wirklich mehr als erfreulich.

Zweitens: In der Bewertung der Affäre um Christian Wulff bezeichnen 68 Prozent der Befragten den ehemaligen Ministerpräsidenten als nicht ehrlich, 63 Prozent als nicht glaubwürdig und eine Mehrheit bescheinigt ihm, dass er keinen Respekt vor geltenden Gesetzen hat. Zugleich wirkt Wulff aber immer noch auf mehr als 70 Prozent der Bevölkerung sympathisch. Dazu fällt mir nur ein: Auf mich nicht!

Meiner Meinung nach ist der ehemalige niedersächsische Regierungschef ein „Bundespräsident zum Abgewöhnen“.

Das Schauspiel, das wir nun schon seit Mitte Dezember erleben, ist wirklich einmalig. Einmalig sowohl in der Klarheit und der Summe der Vorwürfe bezüglich der Vorteilsannahme, der Ver-

stöße gegen das Ministergesetz und der falschen Auskünfte im Niedersächsischen Landtag. Und einmalig auch im Versuch, durch Schweigen, Leugnen oder nur scheinbarweises Antworten das Thema auszusitzen.

Wohl noch nie hat sich ein Politiker in Deutschland im Zusammenhang mit der Verquickung von Staatsgeschäften und privaten Angelegenheiten in eine dermaßen aussichtslose Lage manövriert wie Wulff. Aber trotz erwiesenen und zum Teil von ihm selbst eingestandenen Fehlern, trotz Hausdurchsuchungen und staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen in seinem unmittelbaren Umfeld spricht sich der ehemalige Ministerpräsident des Landes Niedersachsen von aller Schuld frei. Und die Kanzlerin stärkt ihm den Rücken, weil ein Rücktritt den ohnehin fragilen Zustand ihrer schwarz-gelben Regierungsveranstaltung gefährlich beeinträchtigen könnte.

Ich freue mich, dass Stefan Wenzel und unsere grüne Landtagsfraktion so konsequent auf die Aufklärung aller Vorwürfe drängen.

Christian Wulff dagegen macht wirklich alles andere als eine gute Figur. Dass er dabei sich selbst beschädigt, muss er mit sich selbst ausmachen. Dass er aber auch das Amt des Bundespräsidenten ins Zwielicht bringt und sogar dem

Gespött preisgibt, kann nicht als seine Privatangelegenheit bezeichnet werden.

Es mag verständlich sein, dass auch in der Bevölkerung nach nunmehr sieben Wochen Dauerdebatte der Überdruß wächst. Ich denke jedoch, dass Christian Wulff vollkommen falsch liegt, wenn er glaubt, dass sich daraus ein Rettungsanker für sein Verbleiben im Amt entwickeln könnte.

Denn trotz aller Widersprüchlichkeit in der Bewertung von Unehrllichkeit und Sympathie liegt Wulff in der Beliebtheitskala im aktuellen ARD-Deutschlandtrend auf dem letzten Platz – noch hinter Guido Westerwelle. Und die Frage danach, ob der Bundespräsident im Amt bleiben kann oder zurücktreten muss, beantworten 54 Prozent der Bundesbürger eindeutig: Wulff sollte gehen. Ich finde ausdrücklich: Die Bundesbürger haben Recht!

# WAS ES IST HARTZ IV

von Lydia Eggers

Es ist nötig  
Sagte Schröder  
Es macht anders  
Sagt das Kind

Es reicht, warum arbeiten?  
Sagt der Schmarotzer  
Es ist zu wenig  
Sagt der Empfänger  
Es ist mehr, als ich kriege  
Sagt der Geringverdiener  
Es macht Mama und Papa traurig  
Sagt das Kind

Es ist genug  
Sagt die Regierung  
Es ist verfassungswidrig  
Sagt das Gericht  
Es ist zu wenig für Kultur und Bildung  
Sagt die Opposition  
Es macht Einsam  
Sagt das Kind

Nach 'Was es ist' von Erich Fried. Lydia Eggers, ist eine von insgesamt 52 TeilnehmerInnen des Schreibwettbewerbs „Menschen außer Betrieb, Texte gegen Arbeitslosigkeit und Ausgrenzung“. Alle Wettbewerbsbeiträge sind im E-Book nachzulesen unter [www.pothmer.de](http://www.pothmer.de)

BRIGITTE POTHMER  
brigitte.pothmer@  
bundestag.de





„Unser Charme ist, dass man uns noch entdecken kann“ mit diesem Understatement beschreibt Prof. Dr. Ulrich Krempel sein Sprengel Museum.

Dabei braucht sich das Museum keineswegs zu verstecken. Mit seinen großen Archiven von Kurt Schwitters und Niki de Saint Phalle, Werken von Klee bis Picasso und einer Sammlung von 25.000 Grafiken ist es seit seiner Eröffnung 1979 zu einem der bedeuteten Museen für moderne Kunst des 20. und 21. Jahrhunderts geworden.

Neben der Dauerausstellung und den wechselnden Sonderausstellungen - zurzeit Ilya Kabakov: A Return to Painting - bekommt die Kunst der Fotografie hier einen hohen Stellenwert.

International hat sich das Museum vor allem mit Wanderausstellungen von Niki de Saint Phalle und Kurt Schwitters einen Namen gemacht. Nicht nur in den USA sind die Exponate hochgeschätzt, sondern auch in Brasilien oder Norwegen. Die Tourneen sind für Prof. Krempel dazu da um die Kunst in die Welt zu tragen, aber vor allem um neugierig auf Hannover zu machen und so die Touristen in die Stadt zu locken. Zur international beachteten Ausstellung „Marc, Macke und Delaunay“ kamen vor zwei Jahren über 270.000 Besucher. Ein Blockbuster!!!

Um den vielen Kunstwerken in den Lagern gerecht zu werden, aber auch um sich weiterentwickeln zu können, soll angebaut werden. Die Ausstellungsfläche wird mit 1.400qm um fast 25 Prozent erhöht. Zusätzliche moderne Funktionsräume ermöglichen eine fachgerechte Lagerung der

# ENNO TRIFFT: ULRICH KREMPEL

**Enno Hagenah im Gespräch mit Ulrich Krempel, Direktor des Sprengel Museum Hannover. Das Sprengel – Heimat von Schwitters und Niki de St. Phalle.**



**DAS SPRENGEL MUSEUM**

FOTO: ARTSHOOTER, CC BY 2.0 VIA FLICKR

großen Kunstschatze. Besonders beeindruckte Enno; selbst Architekt; der geplante große Verbindungssaal mit seiner imposant geschwungenen Treppe (klein Guggenheim).

Dieser neue Saal soll dann für Empfänge und andere Events buchbar sein und so als neues Aushängeschild in der Region dienen.

Nur einen Teil der Neubaukosten müssen die Stadt Hannover und das Land Niedersachsen mit je fünf Millionen Euro aufbringen, weitere zehn Millionen kommen von der EU und fünf Millionen wurden durch die Freunde des Sprengel Museums e.V. gesammelt unter dem Motto „Mehr Museum“. Der Neubau wird voraussichtlich im Frühjahr 2015 eröffnet.

Zum Konzept des Museums gehört nicht nur das bloße Ausstellen der Stücke, sondern auch die pädagogische Vermittlung, speziell für Schulklassen. Pro Jahr werden mehr als 700 Schulklassen fast jeder Altersstufe durch die Räume geführt und Kunsterziehung vor Ort betrieben. Davon konnte sich Enno bei seinem Rundgang durch die Ausstellungsräume gleich selbst überzeugen, als ihm die Schülerinnen und Schüler einiger Grundschulklassen um die Beine wirbelten.

Insgesamt sieht sich das Museum als sozialer Ort. Hier kann jede/ jeder vorbei kommen, nicht nur in die Ausstellung, sondern kostenlos in den Buchladen, das Restaurant oder in die großzügigen Vorräume. Eine Untersuchung über die Besucherinnen und

Besucher hat gezeigt, dass die meisten ältere Menschen sind, aber immer mehr junge Eltern mit ihren Kindern entdecken auch für sich das Museum. Im Jahr 2011 waren es 160.000 BesucherInnen, davon 30.000 Kinder die keinen Eintritt zahlen.

Dieses Verständnis von Museum erklärt den heimlichen Wunsch von Ulrich Krempel, dass Museum 7 Tage die Woche für je 12 Stunden zu öffnen. „Wie der Bahnhof, der Kiosk oder das Krankenhaus“ sollte das Museum im Alltag der Menschen wahrgenommen und vor allem immer wieder neu entdeckt werden können.

Die Grenzen setzt die Politik, die zur Deckelung der Kosten nicht nur nach anfänglich kostenfreiem Zugang inzwischen den Eintritt einführte, sondern auch den museumsfreien Montag durchsetzte. Immerhin, der bewährte eintrittsfreie Freitag bleibt, und auch montags wird trotz geschlossener Türen gearbeitet. Mit dem erweiterten Konzept und dem reichen Fundus haben die Museumsmacherinnen und Museumsmacher aber gute Chancen, zu einem starken Motor des Kultur- und Städtetourismus zu werden. Von dem erweiterten Angebot profitieren dann am Ende auch alle in der Region Hannover.

Ein Besuch lohnt sich, spätestens zur Ausstellung „Made in Germany Zwei“ ab dem 17. Mai 2012.

**ENNO HAGENAH**

enno.hagenah  
@lt.niedersachsen.de





## AUS DEM BUNDESTAG

Zu Beginn des Jahres ging es für die Grüne Bundestagsfraktion zur traditionellen Neujahrsklausur nach Weimar. „Wegweiser Grün“ lautete dort das Motto unter dem wir grüne Alternativen zur schwarz-gelben Konzept- und Verantwortungslosigkeit deutlich gemacht haben. Schwerpunkte waren dabei Wege aus der Euro- und Finanzkrise sowie ein entschlossenes Handeln gegen den rechten Terror.

### FÜR EIN SOLIDARISCHES EUROPA

In vielen Sitzungen im Haushaltsausschuss beschäftigen wir uns intensiv mit dem Euro, der ökonomischen und sozialen Lage in den Krisenländern und der Regulierung der Finanzmärkte. Die Situation in Europa macht mir weiterhin große Sorgen. Angela Merkel treibt mit ihrer einseitigen Kaputtsparpolitik Europa in die Rezession und vergrößert so die Schuldenstände der Staaten und die wirtschaftlichen Ungleichgewichte. Haushaltskonsolidierung ist notwendig, reicht aber alleine nicht aus. Wir brauchen ein sozial-ökologisches Investitionsprogramm und eine gerechte Besteuerung von großen Vermögen in Europa. Für uns Grüne ist klar: Der Weg aus der Krise führt über mehr, nicht weniger Europa.

Die schwarz-gelbe Neuauflage des Bankenrettungsfonds SoFFin II haben wir Grüne im Bundestag abgelehnt, da das Parlament weiterhin nichts zu entscheiden hat und auch keine direkte Zwangskapitalisierung möglich ist. Wir wollen eine europäisch koordinierte Bankenstabilisierung und setzten uns dafür ein, dass der Banken- und Finanzsektor insgesamt viel kleiner und langweiliger wird. Gerne komme ich auch in eurem Ortsverband oder eure Stadtteilgruppe, um mit euch über Wege aus der Eurokrise und die Zukunft Europas zu diskutieren. Bei Interesse wendet euch einfach an mein Regionalbüro:

svn-christian.kindler@wk.bundestag.de

### ENTSCHLOSSEN GEGEN NAZI-TERROR

Die brutale Mordserie der rechts-terroristischen „Zwickauer Zelle“

hat uns vor Augen geführt in welch unvorstellbarem Maße Nazis in unserer Gesellschaft in den vergangenen Jahren gemordet haben. Wir sind den Opfern und ihren Angehörigen eine schonungslose Aufklärung der Anschläge und des Versagens staatlicher Stellen bei ihrer Verhinderung schuldig. Auf unseren Grünen Antrag hin haben inzwischen alle Fraktionen im Bundestag gemeinsam einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss eingerichtet.

Aufklärung alleine reicht jedoch nicht. Unsere gesamte Gesellschaft ist gefordert, neue Anstrengungen zur Bekämpfung von Nazis, Rassismus und Antisemitismus zu unternehmen. Die zivilgesellschaftlichen Initiativen verdienen dabei unseren Respekt und eine stärkere, langfristige Förderung. In den Haushaltsberatungen mache ich mich als Berichterstatter für das Familienministerium daher für eine Neuausrichtung der Programme und eine Verdoppelung der Mittel auf 50 Millionen Euro im Jahr stark. Die diskriminierende Extremismusklausel von Kristina Schröder, die alle Initiativen unter einen Generalverdacht stellt, muss endlich zurückgenommen werden.

Doch nicht nur im Parlament, sondern auch auf der Straße ist es wichtig Nazis entgegenzutreten. Nachdem wir den ehemals größten Naziaufmarsch Europas in Dresden 2010 und 2011 durch friedliche Massenblockaden eines breiten Bündnisses erfolgreich blockieren konnten, machen wir uns auch dieses Jahr wieder auf den Weg. In Hannover hat der grüne Stadtverband gemeinsam mit meinem Regionalbüro, den Jusos, der Linkspartei, Gewerkschaften und Antifagruppen bereits sechs Busse organisiert, um am 18. Februar nach Dresden zu fahren. Dann heißt es: Aller guten Dinge sind drei! Block Dresden 2012 – Blockieren, bis der Naziaufmarsch Geschichte ist!

**SVEN-CHRISTIAN KINDLER**  
svn-christian.kindler@bundestag.de



# LEBER BERLINER ART

**Christiane Hussels, Sprecherin der AG Land & Tier, sprach mit Raoul Schmidt-Lamontain über seinem Fleischkonsum**

### Isst du Fleisch oder bist du Vegetarier oder Veganer?

Ich esse Fleisch

### Hat sich deine Einstellung zu Fleischprodukten im Laufe der letzten Jahre/Monate/Wochen gewandelt?

Ich würde mich als jemanden bezeichnen, der versucht seinen Fleischkonsum nachhaltig zu reduzieren, dem es aber nicht durchgängig gelingt. Heißt: Ich schränke mich in meinem Konsum bewusst selbst ein, vor allem auch aus Gründen des Tier- und Umweltschutzes verzichte jedoch nicht komplett darauf.

Wenn ich in die Kantine gehe, nehme ich eigentlich fast durchgängig das vegetarische Gericht, auch wenn andere Sachen in dem Moment leckerer aussehen. Woran ich allerdings echt nicht vorbeigehen kann, ist Leber Berliner Art. Da stehe ich einfach drauf. Das vegetarische Angebot an meinem Arbeitsplatz ist jedoch wirklich gut, da gibt es meist kein Grund sich zu beschweren. Und all die bunte Vielfalt, insbesondere im Sommer, liegt einem meist doch viel besser im Magen und lässt einem nicht für den Rest des Arbeitstages abschlafen.

Am Wochenende gönne ich mir als Ausgleich zur fleischlosen Woche dann öfter mal einen zünftigen Braten – sofern meine Zeit es zulässt ihn zuzubereiten. So ein ordentlicher Sauerbraten oder ein Schweinekrustenbraten braucht ja schon seine paar Stunden. Und der frische Fleischsalat und das Rindertartarbrötchen mit Zwiebeln am Samstagmorgen sind für mich auch unverzichtbar.

Nicht zu unterschätzen finde ich übrigens auch Fisch. Den esse ich dann allerdings eher in Form von Sushi, also in fast homöopathischen Dosen, eingewickelt in Reis und Algen mit viel Wasabi.

Quintessenz: Unter Woche meist fleischlos, am Wochenende dafür Qualität. Insgesamt habe ich

meinen Fleischkonsum in den letzten Jahren dadurch deutlich gesenkt.

### Die Deutsche Gesellschaft für Ernährung empfiehlt 600 g Fleisch/Fisch pro Woche. Wie schätzt du die Mengen ein, die du isst?

Ich vermute, dass ich ungefähr in der Größenordnung liege.

### Gib bitte eine Schätzung ab, wie viel Fleisch die Bundesbürger durchschnittlich pro Jahr essen:

- a) 31 kg
- b) 64 kg
- c) 88 kg

Nach meiner überschlägigen Rechnung müssten 31 kg ungefähr das sein, was die Deutsche Gesellschaft für Ernährung empfiehlt. Irgendwoher meine ich in Erinnerung zu haben, dass der Fleischkonsum rund um die Wende irgendwo bei 60 kg gelegen haben soll. Und da es bestimmt eher mehr geworden ist, werden es 88 kg sein.

### Wo kaufst du Fleisch und welche Qualität hat es? Und ist es leicht für dich, das Fleisch in der Qualität zu finden, die du wünschst?

Meistens kaufe ich Fleisch bei meinem lokalen Schlachter an der Lutherkirche. Ich mag die kleinen Läden im Stadtteil und möchte sie durch mein Kaufverhalten stärken. Außerdem stimmt der Service, man kann einen kleinen Plausch halten und die Produkte sind auch gut. Manchmal greife ich auch auf die Bioprodukte im Supermarkt zurück.

**CHRISTIANE HUSSELS**  
christiane.hussels@arcor.de





# UNDOGMATISCH VEGAN - VEGETARISCH

**Christiane Hussels, Sprecherin der AG Land und Tier, interviewte den bekennenden Vegetarier Sven Christian Kindler**

## Isst du Fleisch oder bist du Vegetarier oder Veganer?

Ich esse jetzt seit mehr als sieben Jahren kein Fleisch oder Fisch mehr. Mehrere Jahre habe ich vegan gelebt. Aktuell ist meine Ernährung gemischt vegan-vegetarisch.

## Hat sich deine Einstellung zu Fleischprodukten im Laufe der letzten Jahre/Monate/Wochen gewandelt?

Ich bin viel lockerer geworden. Meiner Erfahrung durchlebt fast jedeR VegetarierIn am Anfang eine Missionierungsphase, in der sie/er alle Welt davon überzeugen möchte – nicht selten auch mit Nachdruck – mit dem Fleischkonsum aufzuhören. Zum Glück war diese Phase bei mir nach ein paar Monaten vorbei, wie bei fast allen VegetarierInnen die ich kenne. Ich bin undogmatisch und finde, dass jeder Mensch seinen Ernährungsstil – ob mit oder ohne Fleisch – selbst bestimmen sollte. Was ich persönlich selbst spannend finde: Ich habe früher gerne Fleisch gegessen und empfinde auch jetzt keinen Ekel vor Fleisch. Bestimmte Produkte würden mir bestimmt gut schmecken. Aber ich habe einfach kein Verlangen danach. Das Bedürfnis ist weg und ich vermisse auch nichts.

## Wie kommst du im Alltag als Vegetarier/Veganer zurecht? Wo sollte sich aus deiner Sicht etwas ändern?

In den allermeisten Situationen habe ich überhaupt keine Probleme leckeres vegetarisches oder veganes Essen zu bekommen. Es gibt immer mehr tolle vegetarisch/vegane Restaurants, eine vielfältige Auswahl gibt es auch in der italienischen, asiatischen oder arabischen Küche. Sehr gerne koche ich auch mit meinen FreundInnen zusammen. Am schwierigsten ist es gerade für VeganerInnen unterwegs auf Reisen oder in deutschen Gaststätten. Was sich ändern sollte? Ich finde

die Veggieday-Initiative für mehr vegetarisches Essen in Kantinen klasse und streite politisch dafür, dass die Privilegien und die Subventionen für die tierquälerische Massentierhaltung abgeschafft werden.

## Was hat dich dazu bewogen, kein Fleisch zu essen? Gab es ein Schlüsselerlebnis?

Eine Freundin hat mir ein Buch mit Berichten und Fotos über die Massentierhaltung ausgeliehen. Diese Tierquälerei hat mich schockiert und traurig gemacht. Das wollte ich nicht mehr unterstützen. Ich habe dann beschlossen, für zwei Monate auf Fleisch zu verzichten und danach zu schauen, wie es mir damit geht. Und es ging mir sehr gut, ich habe überhaupt nichts vermisst und deswegen bin ich auch dabei geblieben.

## Was sind für dich die bedeutendsten Argumente für den Fleischverzicht oder eine Reduzierung des Fleischkonsums?

Vegetarisches und veganes Essen ist einfach sehr lecker! Und natürlich finde ich eine Reduzierung des Fleischkonsums auch aus gesundheitlichen Gründen und wegen des Tier- und Klimaschutzes sinnvoll.

### CHRISTIANE HUSSELS

christiane.hussels@arcor.de



## AUS DEM LANDTAG

Macht Ihr auch noch Landespolitik, oder wollt Ihr nur noch am Bundespräsidenten rummeckern? Diese Frage kommt uns manchmal auch selbst in den Sinn.

Verwulft noch mal, wann können wir endlich wieder Landespolitik machen?

So geht es uns oft, wenn wir all die Anfragen, Akteneinsichten und Ausschussberichte zu den Ungereimtheiten um den ehemaligen Ministerpräsidenten bearbeiten. Aber welche Wahl lassen uns Wulff und McAllister?! Das Parlament ist laut Verfassung zur Kontrolle der Regierung da – das gilt verschärft für die Opposition.

Wulff – Wulff sein lassen geht also leider nicht. Auch weil man Verstöße gegen das Ministergesetz, das viel schärfere Vorgaben für das Verhalten von Regierungsmitgliedern festsetzt und offenkundige Unwahrheiten, die auf Anfragen der Opposition von der Regierung verkündet wurden (landläufig nennt man so was Lüge), dem höchsten Repräsentanten unserer Demokratie nicht durchgehen lassen kann. Sonst geht der Respekt für das ganze demokratische System und die Politik insgesamt den Bach runter. Wir sitzen also in der „Wulff-Falle“. Dabei müssten wir uns eigentlich mit aller Kraft auf die Fehler der aktuellen Landesregierung konzentrieren, um die hohen Sympathiewerte von McAllister bis zur Landtagswahl zu kappen.

Was nützt es, dass Rot/Grün laut NDR Umfrage derzeit eine Mehrheit hätte. Solange keine Wechselstimmung im Land ist, wird es schwer die CDU von Ihrer „Pole Position“ zu verdrängen. – Gut CDU und FDP haben mit jeweils rund 5% seit der letzten Landtagswahl dramatisch an Zuspruch eingebüßt. Aber das leistungsfreie Anwachsen der Piraten und das unklare Schicksal der FDP macht eine klare Aussicht auf Rot/Grün zum 20. Januar 2012 noch zum Wunschdenken. Eine große Koalition unter Führung der CDU ist zumindest ma-

thematisch derzeit leider der viel wahrscheinlichere Ausgang.

Grund genug also, vor allem gegen McAllister und seine zum Teil recht angeschlagene Regierung zu agieren: Gegen einen Innenminister der zwischen Speziwirtschaft, Kraftmeierei und kalter Abschiebewut derzeit der Hauptskandal im Land wäre, wenn es die Wulff Affäre nicht gäbe. Oder gegen den Kultusminister, der den tausendfachen Rechtsbruch bei den von ihm verordneten Werkverträgen jetzt auf die Schulen abwälzt. Oder gegen den Wirtschaftsminister, der völlig unbelehrbar immer neue Fördergeschenke gegen den Rat der eigenen Fachleute und gegen die selbst gesetzten Vergaberegeln zu verantworten hat. Und, und, und...

Wohltuend sind dabei zwischen- durch die kleinen Erfolge, die zähes politisches Arbeiten auch aus der Opposition hervorbringen kann. Seit einigen Wochen liegt ein durch grünes Drängen vom Landtag in Auftrag gegebenes Gutachten vor, das den Sanierungsaufwand für den angeblich maroden Plenarsaal (Baujahr 1962) beurteilt. Das gründliche Konzept mit 85 bis 90% der energetischen Sanierung, neuem gedämmtem Kupferdach, moderner Lüftungstechnik und der Behebung anderer baulicher Mängel ist bereits für 16 Millionen Euro umsetzbar. Damit wäre nach Denkmalschutzgesetz ein Abriss für einen 45 Millionen Euro teuren Neubau bei einem normalen Bauherren verboten, weil der Erhalt wirtschaftlich möglich ist.

Mit Unterstützung versierter Fachleute hat die grüne Fraktion auf dieser Grundlage ein Konzept zur Öffnung des Plenarsaales mit Glas, mit behindertengerechten Zugang auf alle Ebenen, mit mehr Platz für BesucherInnen und Medienleute sowie mit der großzügigen Öffnung des Restaurantbereiches zum Platz der Göttinger Sieben für einen Aufpreis von nur neun Millionen Euro erarbeitet. Ein hoffnungsvoller Baustein, um die Mehrheit doch noch von Abriss und Neubau

### ENNO HAGENAH

enno.hagenah@lt.niedersachsen.de  
Tel.: 0511 3030-3308

## AUS DER REGION

### KREISLAUFWIRTSCHAFTS GESETZ

Künftig sollen nach dem vorliegenden Gesetzentwurf alle Haushalte Verpackungen und Abfälle aus Plastik oder Metall in einer einheitlichen Wertstofftonne von privaten Unternehmen entsorgen. Dem kommunalen Abfallwirtschaftsbetrieb bleiben dann nur noch die teuer zu entsorgenden Reste des Hausmülls.

Bei kommunalen Abfallentsorgern wie 'aha' müssen die Einnahmen die Ausgaben decken. Die derzeitige Kalkulation rechnet mit den Erlösen aus dem Verkauf der gesammelten Wertstoffe und hält mit dieser Mischkalkulation die Gebühren stabil. Wenn die Erlöse durch die Wertstoffe wegfallen, dann steigen die Gebühren. Über die künftige Entwicklung in der Region entscheidet somit der Vermittlungsausschuss am 8. Februar.

### ASBEST

Die Überlegungen zur Altlast der Asbesthalde in Wunstorf-Luthe begleitet die Regionsfraktion schon seit mehreren Jahren. Der aktuelle Plan sieht vor, den Asbestzementschlamm auf zwei Sonderabfalldeponien in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern zu verlagern. Die Regionsfraktion hatte dabei weitgehende Sicherheitsmaßnahmen erreicht, ein Schienentransport war jedoch mangels Angeboten nicht möglich. Nach Protesten haben sich jedoch die dortigen Landtage gegen die Transporte ausgesprochen. Die Rechtmäßigkeit der von Niedersachsen ausgesprochenen Genehmigungen wird in einem Gutachten bestritten. Ob Verträge zwischen dem Generalunternehmer und den Deponien bestehen, die diese zur Annahme des Asbestschlammes verpflichten, wird unterschiedlich dargestellt.

So lange keine Klarheit über die Rechts- und Vertragslage besteht, kann man nicht beurteilen, ob die Rahmenbedingungen für die bisherige Sanierungsplanung weiterhin gegeben sind. Aus Sicht der Fraktion hat das für Sonderabfälle zuständige Land Niedersachsen versagt, das dem beauftragten Entsorgungsbetrieb die Deponien zugewiesen hatte und bisher nicht

in der Lage war, für Klarheit zu sorgen.

Mittlerweile hat sich der Umweltausschuss des Landtages der Angelegenheit angenommen.

Erläuterungen zum Plan der Region gibt es unter <http://gruenlink.de/6hs>.

### BETRIEBSKITA FÜR REGIONSVERWALTUNG

Vor rund einem Jahr hatte die Regionsversammlung den Anstoß gegeben, eine 'Betriebskita' zu planen. Nach einer Befragung der Beschäftigten, in der ein großer Bedarf deutlich geworden ist, soll nun möglichst bis Ende 2012 eine Krippe eingerichtet werden. Von den insgesamt 15 Plätzen würden zehn für unter 3-jährige Kinder von Regionsbeschäftigten zur Verfügung gestellt werden. Denkbar ist eine Trägerschaft der AWO, die auf einem benachbarten Grundstück bereits eine Krippe betreibt. Falls die Betreuungskapazität nicht ausreicht, werden weitere Optionen geprüft.

Mit der Umsetzung unseres Vorschlags kommen wir dem Ziel näher, die Regionsverwaltung zu einem Vorbild für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu machen. Wichtig ist es den Familien, der mehr als 2000 Beschäftigten möglichst lange vor dem Ende der Elternzeit Gewissheit über die Betreuungssituation zu geben. Arbeitsplatznaher Krippenplätze sind dabei der Wunsch der meisten Eltern.

### AUS DER FRAKTIONS- GESCHÄFTSSTELLE

Die Regionsfraktion ist nach der Wahl von neun auf 16 Mitglieder angewachsen. Mit dem ausgeweiteten Stundenschlüssel für die Fraktionsgeschäftsstelle ist die Betreuung der Fachbereiche zwischen den Beschäftigten neu verteilt worden. Ab Januar ist Michèle Kahl zusätzlich für Regionalplanung und Naherholung zuständig, Norman Seibert betreut Wirtschaft und Beschäftigung, Dirk Musfeldt den Bereich Gleichstellung und Integration.

**EURE REGIONSFRAKTION**  
[gruene@region-hannover.de](mailto:gruene@region-hannover.de)  
Tel.: 0511 616 22 084

# REGIONS-HAUSHALT: KONSOLIDIERUNG GEHT WEITER

## Die Änderungsanträge von Grün-Rot setzen Akzente beim Klimaschutz und sozialer Ausgewogenheit

Die Haushaltsverhandlungen zwischen Grün-Rot zum Haushalt 2012 sind im Entwurf abgeschlossen. Basis dieser Verhandlungen war der ausgeglichene Haushalt, den die Region Hannover für dieses Jahr vorlegen konnte. Sicherlich ein Erfolg der Anstrengungen, den die Region Hannover in den vergangenen Jahren unternommen hatte. Dennoch herrschte in den Verhandlungen Einigkeit – ein ausgeglichener Haushalt ist kein Ruhekitzen. Unser Ziel für 2012 bleibt es, die schwarze Null auch zukünftig im Ergebnis zu schreiben.

Unter dieser Voraussetzung werden wir über 30 Anträge zum Haushalt einbringen. Dabei setzen wir besondere Schwerpunkte beim Klimaschutz und beim Abbau der Jugendarbeitslosigkeit in der Region. Zwei Schwerpunkte, die gleichzeitig zwei Säulen zum Erreichen der strategischen Ziele der Region Hannover sind.

Ein zentraler Baustein für das Erreichen unserer Klimaschutzziele ist, dass die Region zukünftig ein Prozent des Haushaltsbudgets für Maßnahmen zur Energieeinsparung und Energieeffizienz der Regionsgebäude einsetzt. Und das kommt den Regionsfinanzen wiederum zu Gute. Denn energetische Sanierung bringt deutliche Einsparungseffekte bei den verbrauchsabhängigen Kosten.

Ein zweiter Schwerpunkt des Haushaltes ist der Abbau der Jugendarbeitslosigkeit in der Region, und dadurch die Ausrichtung an den strategischen Zielen „Beschäftigung und Wertschöpfung sichern und erhöhen“ sowie „gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen“. Hierfür wird ein Programm entwickelt, das in den kommenden fünf Jahren ein Gesamtvolumen von zehn Millionen Euro beinhaltet. Das

Ziel ist klar: Nur wer frühzeitig in Arbeit investiert, kann einen Kurs des sozialen Ausgleichs fahren und die dramatisch gestiegenen Folgekosten sozialer Ungleichheit senken. Für die Fraktionen ist der Abbau der Jugendarbeitslosigkeit eines der zentralen sozial- und wirtschaftspolitischen Themen der Region für die Wahlperiode 2011 bis 2016.

Bei allen Diskussionen um konkrete Anträge und deren Umsetzung wissen wir um die mehr als schwierige finanzielle Situation einiger Städte und Gemeinde in der Region. Wir wollen prüfen, wie wir dauerhafte Entlastungen, wie z.B. die Übernahme der Grundsicherung im Alter durch den Bund, nutzen können, um besonders einnahmeschwache Regionalkommunen zu entlasten.

Last but not least werden wir uns in Zukunft für mehr Transparenz in der Haushaltspolitik einsetzen. Durch frei zugängliche Informationen – auch über das Internet – wollen wir den Einwohnerinnen und Einwohnern der Region die finanzielle Lage der Region veranschaulichen. Hierzu müssen Kommunikationskanäle geschaffen werden, die es den Menschen in der Region ermöglichen, sich mit Anregungen und Hinweisen an der finanzpolitischen Debatte ihrer Region zu beteiligen.

**RAOUL SCHMIDT-  
LAMONTAIN**

[raoul@schmidt-lamontain.de](mailto:raoul@schmidt-lamontain.de)





# MEIN KIEZ

## Zukunftsdialog 'Hannover Quartiere 2025' setzt Entwicklungsprozess 'Hannover City 2020' fort

Der von uns Grünen maßgeblich mitinitiierte Hannover-City-2020-Prozess hat eine breite Diskussion in der Stadtgesellschaft ausgelöst, wie sich Hannovers Innenstadt in den kommenden Jahren entwickeln soll. Nach Ende des bundesweit größten Städtebau-Wettbewerbs liegen nun hervorragende Zukunftspläne für die Innenstadt vor, die vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung 2009 als Pilotprojekt im Programm "Nationale Stadtentwicklungspolitik" ausgezeichnet wurden. Das Innenstadtkonzept Hannover City 2020+ wird als Orientierungsrahmen für die Innenstadtentwicklung der nächsten zehn bis 15 Jahre dienen. Dazu wird an den vier Interventionsorten Klagesmarkt, Marstall/Steintor, Köbelinger Markt und Hohes Ufer/Leibnizufer aufgezeigt, wie zentrale Bereiche der Innenstadt zu Gunsten aller Altersgruppen weiterentwickelt und die Aufenthaltsqualität und Nutzungsvielfalt vor allem durch den Rückbau von überdimensionierten Verkehrs- und Parkplatzflächen erhöht werden können. Wobei der Bereich des Klagesmarktes als erstes Teilprojekt des Innenstadtkonzeptes, beginnend mit dem Umbau des Kreisels in eine Kreuzung, realisiert werden wird.

Nach Abschluss des Innenstadtentwicklungsprozesses Hannover City 2020+ wollen wir Grünen nun den erfolgreichen Ansatz von City 2020 mit dem Stadtentwicklungsdialog und dem städtebaulichen Ideenwettbewerb für abgegrenzte Interventionsräume von der Innenstadt auf die Stadtbezirke übertragen. Dazu haben wir mit der SPD in den Koalitionsverhandlungen vereinbart, dass mit einem Projekt „Hannover Quartiere 2025 – Mein Kiez“, in Anlehnung an den erfolgreichen Zukunftsdialog Hannover 2020+, in den nächsten 10 Jahren stufenweise in allen 13 Stadtbezirken Strategien und Leitbilder für die Entwicklung der Stadtteile und Quartiere diskutiert und erarbeitet werden sollen. Dies soll unter Beteiligung der Bevölkerung, von Fachleuten aus den verschiedensten Disziplinen,

der Stadtteilpolitik und der Verwaltung erfolgen. Dabei sollen die vorhandenen erfolgreichen Stadtteilprogramme ebenso einbezogen werden wie die Arbeit der StadtbezirksmanagerInnen.

Damit das Projekt in diesem Jahr starten kann, haben wir jetzt zusammen mit der SPD einen Antrag zum städtischen Haushalt 2012 eingebracht, in dem die Verwaltung beauftragt wird, beginnend in zwei Stadtbezirken einen Zukunftsdialog „Hannover Quartiere 2025 – Mein Kiez“ für alle 13 Stadtbezirke zu entwickeln und umzusetzen. Dazu haben wir zusätzliche Mittel in Höhe von 100.000 € in den Haushalt eingestellt.

Aus unserer Sicht sollte der Zukunftsdialog „Hannover Quartiere 2025 – Mein Kiez“ in den Stadtbezirken Ricklingen mit dem Mühlenberger Markt und Vahrenwald-List mit dem Lister Platz starten. Eine Neugestaltung des Mühlenberger Marktes bietet sich im Zusammenhang mit dem Neubau der dortigen IGS an. Wobei dann auch der nicht mehr benötigte P & R Platz einbezogen werden sollte, da die Stadtbahn schon seit 1999 nicht mehr am Mühlenberg endet sondern in Wettbergen West. Zum Lister Platz fand bereits am 24. November 2010 eine öffentliche Veranstaltung auf Einladung der grünen Bezirksratsfraktion zur zukünftigen Gestaltung des Platzes statt. Rund 60 Interessierte diskutierten mit den PodiumsteilnehmerInnen und brachten eine Fülle von Anregungen und Verbesserungsvorschlägen ein. Etliche Vorschläge waren sehr konkret, stießen auf große Zustimmung und würden vor allem zur Verbesserung der Verkehrssicherheit beitragen. Andere Vorschläge, die teilweise kontrovers diskutiert wurden, würden größere Eingriffe erfordern und zielten im Wesentlichen auf eine Verbesserung der Aufenthaltsqualität am Lister Platz ab. Hier soll der Zukunftsdialog einsetzen.

**MICHAEL DETTE**  
michael.dette@  
hannover-rat.de



# AUS DEM RATHAUS

## HAUSHALTSSICHERUNGSKONZEPT VIII - EINFÜHRUNG ÜBERNACHTUNGSSTEUER

Angesichts eines strukturell nicht ausgeglichenen Haushaltes hatte die Verwaltung im Dezember 2011 ein weiteres Haushaltssicherungskonzept vorgelegt: das HSK VIII 2012 bis 2014. Als ein Ergebnis der rot-grünen Verhandlungen wird die Übernachtungssteuer als eine zentrale Grüne Forderung umgesetzt. Damit wird eine neue Einnahmequelle ab 2014 in der Größenordnung von 5 Mio € pro Jahr geschaffen. Ihre Umsetzung steht unter dem Vorbehalt der höchstrichterlichen Rechtsprechung. Das Urteil erwarten wir mit Optimismus. Eine Prüfung des Verwaltungsrechtlers Prof. Dr. Rosenzweig aus Hannover kam zu dem Ergebnis der Zulässigkeit.

Seit Februar 2010 hatten wir die Übernachtungssteuer gefordert, auch im Rahmen des Grünen Programms zur Kommunalwahl 2011. Mit ihr reagieren wir auf die Folgen der Bundespolitik für die Kommunalfinanzen Hannovers. Ein Teil der Finanzeinbußen wird damit ausgeglichen und der notwendige Erhalt unserer kulturellen und sozialen Infrastruktur gesichert.

Bei Gesamtbetrachtung des HSK-Paketes erreichen wir insbesondere durch die Übernachtungssteuer eine höhere Konsolidierungssumme: Gegenüber dem Verwaltungsvorschlag mit einem Einsparvolumen von 65 Mio € bringen es die Rot-Grünen Verhandlungsergebnisse auf zusätzliche Einnahmen von 8,7 Mio €. Dadurch entsteht eine Gesamtkonsolidierungssumme von 73,7 Mio €, wodurch ein ausgeglichener Haushalt bereits ab 2014 möglich wird.

Wichtige weitere Einnahmen sind eine von uns geforderte Gewinnausschüttung der Deutsche Messe AG für 2014 in Höhe 1 Mio €, eine stärkere Grundsteuererhöhung gegenüber dem Verwaltungsvorschlag und eine stärkere Erhöhung der Parkgebühren.

Für die Messe ist eine Gewinnausschüttung in dieser Höhe zu erwarten. Wir hatten im Zuge der 2009 beschlossenen

Kapitalzuführung (125 Mio € durch die LHH) die Erwartung benannt, dass das Unternehmen ab 2011 im vier-Jahreszeitraum durchschnittlich mindestens ausgeglichene Ergebnisse erzielt.

Der Hebesatz der Grundsteuer wurde vor 20 Jahren letztmalig erhöht. Ausgehend von derzeit 530 Hebesatzpunkten wird die Grundsteuer nicht um 11 % gemäß Verwaltungsvorschlag, sondern um 13 % erhöht. Somit wird ein Haushaltskonsolidierungsbeitrag von 17,5 Mio € erreicht (anstatt 15 Mio € gemäß Verwaltungsvorschlag).

Die Parkgebühren werden ab 2014 nicht um 0,10 €/h gemäß Verwaltungsvorschlag, sondern um 0,20 €/h auf 1,80 €/h erhöht.

Die rot-grünen Anträge zu HSK VIII werden abschließend zusammen mit dem Haushalt 2012 in der Ratssitzung am 23. Februar 2012 behandelt.

## HAUSHALT 2012

Angesichts der Einsparbemühungen im Zuge HSK VIII betragen die rot-grün geeinigten Mehrausgaben im Ergebnishaushalt gegenüber dem Verwaltungsentwurf maßvolle 1,7 Mio €. Dies entspricht einem Anteil von 1 Promille bei einem Gesamtvolumen des Haushaltes 2012 in Höhe 1,7 Mrd €. Grüne Schwerpunkte werden dennoch gesetzt, insbesondere in den Bereichen Arbeit gegen Rechts, Umwelt- und Stadtentwicklung, Inklusion und Sport.

Wichtige Beispiele für die Umsetzung Grüner Forderungen sind die Einrichtung eines Internetportals gegen Rechts-Extremismus/Rassismus sowie eine Kontaktstelle dazu bei der Stadtverwaltung. Besondere Akzente im Umweltbereich sind Programme zur Altlastensanierung und zur Folgenminimierung der Klimaerwärmung. Beiträge auf dem Weg zur inklusiven Stadt sind die Schaffung weiterer integrativer Krippengruppen in Einrichtungen sowie bauliche Maßnahmen zur Barrierefreiheit.

**EURE RATSFRAKTION**  
gruene@hannover-stadt.de  
0511 168 454 33

# DANKE INGRID!

**Ingrid Lange: unsere couragierte grüne Mitstreiterin für Integration, Vielfalt und ein weltoffenes Hannover**

Längst bevor ich aktives grünes Mitglied wurde, wusste ich, wer Ingrid Lange ist. Wer sich in den letzten Jahren in irgendeiner Weise mit Kommunalpolitik in Hannover und insbesondere mit den Themen Integration und Migration befasst oder auch einfach nur regelmäßig die regionalen Zeitungen gelesen hat, kam an Ingrid nicht vorbei. Zehn Jahre lang war sie ehrenamtliche Bürgermeisterin der Stadt Hannover und migrationspolitische Sprecherin der grünen Ratsfraktion. Sie repräsentierte die Stadt bei offiziellen Anlässen in Hannover und weit darüber hinaus und setzte sich für eine weltoffene und vielfältige Stadtgesellschaft ein. Die Arbeit für und mit Migrantinnen und Migranten war Ingrid, die über die Flüchtlingsarbeit den Weg zu Grünen gefunden hat, eine Herzensangelegenheit. Als ich sie vor zwei Jahren schließlich persönlich kennengelernt habe, war ich beeindruckt von ihrer Energie, ihrem Enthusiasmus und ihrer Kampfeslust. Dass die SPD-Fraktion im Bezirksrat Ahlem-Badenstedt-Davenstedt sich im vergangenen Herbst nicht an

die gemeinsame vertrauensvolle Abmachung gehalten hat und Ingrid nicht zur stellvertretenden Bezirksbürgermeisterin gewählt wurde, hat sie schwer enttäuscht und letztendlich dazu bewogen, ihr Mandat zurückzugeben. Doch bedeutet das längst nicht, dass Ingrid sich nun politisch nicht mehr engagiert – im Gegenteil: Seit kurzem ist sie Mitglied im Vorstand von FAUST e.V. und Ende vergangenen Jahres wurde sie mit einem Sonderpreis des Gesellschaftsfonds „Zusammenleben“ für ihr Engagement im Bereich Integration ausgezeichnet. Zudem ist sie auch weiterhin Mitglied der AG Migration. Sie bleibt uns also erhalten – als couragierte grüne Mitstreiterin für Integration, Vielfalt und ein weltoffenes Hannover. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit ihr.

**FRIEDERIKE KÄMPFE**

friederike.kaempfe@grüne-hannover.de



## T E R M I N E

- |   |                |  |
|---|----------------|--|
| <b>25.02.</b>   | <b>11:00</b>   | Rathaus, Raum Leipzig  |
| Mitgliederversammlung Regionsverband, FZH Vahrenwald  | <b>21.03.</b>  | <b>18:00</b>   |
| <b>28.02.</b>   | <b>18:15</b>   | AG Schule, Senior-Blumenberg-Gang 1, EG  |
| AG Wirtschaft & Finanzen, Senior-Blumenberg-Gang 1, 1.OG  | <b>09.04.</b>  | <b>18:00</b>   |
| <b>01.03.</b>   | <b>18:00</b>   | AG Soziales, Senior-Blumenberg-Gang 1, 1.OG                                    |
| AG Umwelt Energie, Senior-Blumenberg-Gang 1, EG   | <b>14.04.</b>  | <b>11:00</b>   |
| <b>02.03.</b>   | <b>19:00</b>   | Themenkonferenz Bildung zum Landtagswahlprogramm, ver.di-Höfe, Hannover        |
| Asbesttransporte kontrovers! Küsters Hof, Hindenburgstr. 29b, Wunstorf  | <b>17.04.</b>  | <b>18:30</b>   |
| <b>06.03.</b>   | <b>18:15</b>   | Sicherheit durch Überwachung? Diskussion bei Petra K, Senior-Blumenberg-Gang 1 |
| AG Bauen, Wohnen & Verkehr, Senior-Blumenberg-Gang 1  | <b>17.04.</b>  | <b>18:15</b>   |
| <b>08.03.</b>   | <b>18:30</b>   | AG Bauen, Wohnen & Verkehr, Senior-Blumenberg-Gang 1, EG                       |
| AG Migration, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG  | <b>17.04.</b>  | <b>15:15</b>   |
| <b>09. - 10.03.</b>   |                | AG Personal & Organisation, Rathaus, Collegienzimmer                           |
| Privacy Barcamp 2012: Datenschutz 2.0, CeBIT Halle 9, Hannover  | <b>18.04.</b>  | <b>18:00</b>   |
| <b>11.03.</b>   |                | AG Schule, Senior-Blumenberg-Gang 1, EG  |
| Kundgebung: Atomanlagen jetzt abschalten, Hannover  | <b>19.04.</b>  | <b>18:00</b>   |
| <b>12.03.</b>   | <b>14:00</b>   | AG Migration, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG                                     |
| AG Soziales, Senior-Blumenberg-Gang 1, 1. OG  | <b>21.04.</b>  | <b>18:00</b>   |
| <b>12.03.</b>   | <b>18:00</b>   | MV Regionsvorstand, Ort & Zeit werden noch bekannt gegeben                     |
| AG Kultur, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG   | <b>23.04.</b>  | <b>18:00</b>   |
| <b>13.03.</b>   | <b>18:30</b>   | AG Kultur  |
| AG Land & Tier, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG  | <b>26.04.</b>  | <b>18:00</b>   |
| <b>15.03</b>  | <b>15:00</b>   | MV Stadtverband Hannover, Vorstandswahl, Ort wird noch bekannt gegeben         |
| Sozialer Stadtrundgang: auf den Spuren wohnungsloser Menschen in Hannover mit Katrin Langensiepen & Sven-Christian Kindler, Treffpunkt: Asphalt-Redaktion, Knochenhauerstr.42, Hannover | <b>03.05.</b>  | <b>18:00</b>   |
| <b>20.03.</b>   | <b>15:15</b>   | AG Umwelt & Energie Senior-Blumenberg-Gang 1                                   |
| AG Organisation & Personal,   | <b>08.05..</b> | <b>18:15</b>   |
|   |                | AG Sport, Senior-Blumenberg-Gang 1, EG   |
|   |                | <b>14.05.</b>  |
|   |                | <b>18:00</b>   |
|   |                | AG Soziales, Senior-Blumenberg-Gang 1, 1. OG                                   |

## I M P R E S S U M

**Grüne Seiten** sind das Mitteilungsblatt des Regionsverbands Hannover von Bündnis 90/Die Grünen, Senior-Blumenberg-Gang 1, 30159 Hannover.

Grünen Regionsverband Hannover verschickt. Die nächsten Grünen Seiten erscheinen voraussichtlich im Mai 2012.

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Brigitte Deyda, Christian Gailus, Carolin Jaekel, Sven-Christian Kindler, Jan Haude, Brigitte Pothmer, Torsten Fiebig, Jan-Philipp Albrecht, Korbinian Deuchler, Ingrid Lange, Friederike Kämpfe, Dirk Musfeldt, Enno Hagenah, Maaret Westphely, Norman Seibert, Christiane Hussels, Michael Dette, Dietmar Beck, Günter Wulfert, Pat Drenke, Rahel Missal, Ronald Schütz und Elke Wohlfarth (V.i.S.d.P.).



Bündnis 90/Die Grünen  
Senior-Blumenberg-Gang 1  
30159 Hannover

Tel. 0511/300 88 66,  
Fax 0511/300 89 66

region@gruene-hannover.de  
www.gruene-hannover.de

Bankverbindung:  
Kontonr.: 8418700  
Bank für Sozialwirtschaft  
Bankleitzahl: 251 205 10

Druck: Forum Druck, Striehlstr. 11, 30159 Hannover, Tel. 0511-1316224.

Gedruckt auf 100 Prozent Recycling-Papier.

Versand: Lister Copy und Büro Service, Pelikanstr. 13 A, Tel. 0511-96546-0  
**Grüne Seiten** werden kostenlos an alle Mitglieder von Bündnis 90/Die



**DIE GRÜNE JUGEND TRIFFT SICH JEDEN MITTWOCH UM 18.00 UHR IM GRÜNEN ZENTRUM.**

**INTERESSENTINNEN SIND HERZLICH WILLKOMMEN!**

## MITGLIEDSBEITRÄGE UND SPENDEN

Wir freuen uns über jede Spende und sind von der regelmäßigen Zahlung der Mitgliedsbeiträge abhängig. Der Mitgliedsbeitrag beträgt ein Prozent des Nettoeinkommens. Beitragsanpassung dringend erwünscht! Hierzu reicht ein Anruf oder eine Mail. Auch Einzugsermächtigungen könnt ihr uns ganz einfach telefonisch oder per Mail erteilen!

Bei Fragen meldet euch in der Geschäftsstelle.